

25.11.2011, 20:12

Schuldenkrise:

Euro-Zone vor neuer Schockwelle



© Bild: 2011 Reuters/ERIC GAILLARD

Griechenland fordert überraschend ein höheres Zugeständnis der Privatwirtschaft. Zugleich entbrennt ein Streit über den ständigen Rettungsschirm der Währungsunion. Standard&Poor's ärgert Belgien - und um Spanien gibt es neue Krisengerüchte.

Im Kampf um den Euro haben sich überraschend neue Fronten aufgetan. Griechenland will die privaten Gläubiger nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters stärker zur Kasse bitten als bislang geplant. Athen fordert Nachlässe von 75 Prozent. Die Banken bestehen auf den vereinbarten 50 Prozent. Reuters berief sich auf mehrere Insider und zitierte einen mit den Worten: "Die Frontlinien sind damit klar gezogen."

Zugleich brach unter den Euro-Staaten Streit über die Beteiligung privater Gläubiger an der Entschuldung von Krisenländern im Rahmen des geplanten permanenten Rettungsfonds ESM aus, der das schon aktive Schutzschild EFSF Mitte 2013 dauerhaft ablösen soll. Frankreich und andere Länder dringen darauf, die auf Druck Deutschlands ins ESM-Konzept aufgenommenen Klauseln für eine geordnete Umschuldung von Staaten in akuter Finanznot (Collective Action Clauses) zu kippen. Diese Option war im Frühjahr nach langem Streit beschlossen worden.

Standard&Poor's schockte Belgien, das zum Kerngebiet der Euro-Zone gehört. Die Ratingagentur stufte die Kreditwürdigkeit des deutschen Nachbarn herab. Als Gründe für den Schritt nannte S&P Risiken für die Banken, eine Bedrohung der exportorientierten Wirtschaft sowie das politische Durcheinander. Die Einstufung lautet nun "AA" nach zuletzt "AA+". Das ist immer noch die drittbeste Note bei der Agentur und damit für Anleger im unbedenklichen Bereich. Der Ausblick ist allerdings negativ, was heißt, dass mit einer weiteren Herabstufung in absehbarer Zeit gerechnet werden muss, wenn sich nichts ändert.

Die Möglichkeiten der belgischen Regierung, den hohen Schuldenstand zu reduzieren, seien begrenzt, befanden die Bonitätswächter unter dem Hinweis, dass das Land seit Monaten keine vom Parlament gebilligte Regierung hat. Zudem bestehe die Gefahr, dass Belgien mehr Milliarden in die Rettung seiner Banken stecken müsse als derzeit absehbar. Die belgisch-französische Dexia ist das erste Institut, das als Folge des Euro-Desasters mit zig Milliarden aus den Staatskassen beider Länder vor dem Abgrund bewahrt werden muss.

Zudem deutet sich nach Angaben aus dem Umfeld der künftigen Regierungspartei Spaniens an, dass das Land Rettungshilfen entweder beim EFSF oder beim Internationalen Währungsfonds (IWF) beantragen könnte. Eine Entscheidung sei noch nicht gefallen, sagte eine den Konservativen nahestehende Person laut Reuters. "Aber es ist eine der Optionen, die auf dem Tisch liegen." Wenn man diesen Weg gehe, sei es politisch klug, sich dazu schnell und unabhängig durchzurufen, anstatt erst auf den Druck der Finanzmärkte zu reagieren. "Wenn wir es tun müssen, müssen wir es jetzt tun", sagte der Insider Reuters zufolge. Spanien muss derzeit enorme Zinsen zahlen, um seine Anleihen an den Mann zu bringen.

[Mehr zum Thema](#)

► **Staatsschuldenkrise** Italien bringt Merkels Euro-Kurs in Gefahr

(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/anleihen-devisen/:staatsschuldenkrise-italien-bringt-merkels-euro-kurs-in-gefahr/60134177.html>)

► **Schuldenkrise** Die Nein-Jein-Ja-Kanzlerin

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:schuldenkrise-die-nein-jein-ja-kanzlerin/60133773.html>)

► **Schuldenkrise** Großbritannien rüstet sich für Zusammenbruch der Euro-Zone

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:schuldenkrise-grossbritannien-ruestet-sich-fuer-zusammenbruch-der-euro-zone/60133782.html>)

► **Euro-Krise** Schuldenpolitik der Industrieländer ist am Ende

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:euro-krise-schuldenpolitik-der-industrielaender-ist-am-ende/60133894.html>)

► **Schuldenkrise** Berlin und Paris wollen EU-Vertragsänderung

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:schuldenkrise-berlin-und-paris-wollen-eu-vertragsaenderung/60133905.html>)

Teil 2: Lage in Europa ist "sehr besorgniserregend"

Das gilt auch für Italien. Anleger dämpften alle Hoffnungen auf eine Besserung der Situation des Alpenlandes nach dem Regierungswechsel. Rom musste für frisches Geld Zinsen in Rekordhöhe zahlen. Der hoch verschuldete Staat konnte zwar wie geplant 10 Mrd. Euro einsammeln. Für Papiere mit sechsmonatiger Laufzeit muss er dafür aber einen durchschnittlichen Zins von 6,5 Prozent zahlen, für eine zweijährige Anleihe sogar 7,8 Prozent. Höhere Zinssätze wurden seit Einführung des Euro noch nie von Italien gezahlt. Im Oktober lagen sie mit 3,5 und 4,6 Prozent noch deutlich tiefer.

EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso nannte die Lage in Europa "sehr besorgniserregend". Wenn Europa sich nicht stärker integriere, könne der Euro auf lange Sicht nicht stabilisiert werden, warnte er. Die Schuldenkrise breitet sich nach Einschätzung Währungskommissar Olli Rehn vom Rand der Euro-Zone zu ihrem Kern aus. Deshalb seien Gegenmaßnahmen "an allen Fronten" nötig, sagte er.

Die Verhandlungen über das Ausmaß des Schuldenschnitts für Griechenland gestalten sich offenkundig schwieriger als erwartet. Insgesamt liegen gut 200 Mrd. Euro an Athener Staatsanleihen in den Händen privater Gläubiger, also Banken, Versicherungen und Hedge-Fonds. Diese Schulden sollen eigentlich nach der Vereinbarung des Weltbankverbands IIF mit den europäischen Regierungen mittels Anleiheumtauschs um die Hälfte erlassen werden. Kommt es zu keiner Einigung, ist das Land pleite. Die meisten Banken haben die griechischen Anleihen mittlerweile auf Marktwert abgeschrieben - sprich um mehr als 60 Prozent.

Trotz wochenlanger Verhandlungen mit dem IIF liegt noch immer kein konkretes Umtauschangebot vor. Daher will die neue griechische Regierung jetzt direkt mit den einzelnen Banken verhandeln, wie mehrere mit den Gesprächen vertraute Personen laut Reuters sagten. Es wüchsen die Zweifel, dass der Verband eine ausreichend große Zahl von Geldhäusern für den Umtausch gewinnen könne. Daher wolle Griechenland nun direkt bei den Instituten die Stimmung ausloten.

Griechenland hat gute Karten, seine Geldgeber indirekt zu einer Teilnahme am Anleiheumtausch zu zwingen. Denn die alten Papiere sind nach griechischem Recht ausgestellt: Dieses sieht vor, dass die Regierung nachträglich die Konditionen ändern darf. Es sei zu erwarten, dass das Land die Bedingungen der alten Bonds an die der neuen Papiere anpasse.

Daher rechnen Marktteilnehmer mit einer recht hohen Annahmequote: "Es gibt nicht viele Alternativen. Wenn ich ein Investor bin, muss ich wohl einsehen, dass ich allmählich die Verluste realisieren sollte, denn viel mehr Geld fließt aus Europa nicht mehr in das Land", sagte ein Insider Reuters zufolge. Die Beteiligung der privaten Gläubiger ist Teil des neuen mehr als 100 Mrd. Euro dicken Hilfspakets für Griechenland.

Brüssel pocht auf Eurobonds

Deutschland und Frankreich wollen Italien nach dem Regierungswechsel stärker in ihre Bemühungen um die Lösung der Krise einbeziehen. Das Treffen von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy mit Monti soll bald wiederholt werden. Es gebe nun eine "gute und enge Zusammenarbeit", sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. Für ihre Vorschläge zu EU-Vertragsänderungen strebten Deutschland und Frankreich die Unterstützung Italiens an.

Im Falle Griechenlands wollen die Finanzminister der Euro-Zone am Dienstag entscheiden, ob die nächste anstehende Hilfe von 8 Mrd. Euro freigegeben wird. Die Europäer hatten unter anderem gefordert, dass die großen Parteien des Landes sich zu dem Sparkurs bekennen, den Griechenland im Gegenzug zu Hilfen verfolgen muss. Der jüngste Brief des konservativen Parteichefs Antonis Samaras werde voraussichtlich den Weg zur Freigabe der Kredittranche ebnen, hieß es in Brüssel.

Derweil dauert der Streit über die Instrumente an, mit denen die Europäer ihre Krisen bekämpfen könnten. Frankreich, Spanien, Italien sowie einige kleinere Länder und damit die Mehrheit der Euro-Staaten wollen die Option zur Gläubigerbeteiligung beim Rettungsmechanismus ESM loswerden. Erst dann könne das Vertrauen der Investoren in

die Euro-Länder zurückkehren. Deutschland, Finnland, die Niederlande und Österreich seien dagegen, hieß es aus der EU. Konkret sollen die Umschuldungsklauseln verworfen werden, die eine Mehrheitsentscheidung der Gläubiger über einen Schuldenschnitt zu ihren Lasten ermöglichen würde.

Wie es von EU-Diplomaten weiter hieß, ist dies Teil der Diskussion über eine umfassendere Vereinbarung zur Abwehr der Schuldenkrise. Deutschland solle auf die Klausel verzichten, um die Zustimmung zu einer EU-Vertragsänderung zu erreichen. Auch eine Verabredung über Euro-Bonds als Ziel und die Möglichkeit der EZB zu massiveren Anleihekäufen seien im Gespräch. In deutschen Regierungskreisen wird bestritten, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel zu jeglichen Zugeständnissen für ein "Ja" zu den von ihr gewünschten Änderungen des EU-Vertrages bereit wäre.

EU-Währungskommissar Rehn sprach in Rom von großen Anstrengungen, die nötig seien, um Deutschland von Euro-Bonds zu überzeugen. Diese lehnt die Bundesregierung zurzeit rigoros ab. Finanzminister Wolfgang Schäuble forderte, die Euro-Zone müsse sich in Richtung einer Fiskalunion entwickeln. Die Grundzüge sollten beim EU-Gipfel am 9. Dezember vereinbart werden. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) wandte sich erneut gegen Forderungen, die Schuldenkrise durch "die Notenpresse" der Zentralbank, beziehungsweise durch eine Vergemeinschaftung der Haftung zu lösen. "Deshalb wird die Bundesregierung das nicht machen", erklärte er.

Reuters, 25.11.2011

© 2011 Financial Times Deutschland,
